

Ressort: Politik

Zeitung: Ausländer sollen durch Bafög-Reform besser gestellt werden

Berlin, 20.08.2014, 08:28 Uhr

GDN - Im Zuge der Bafög-Reform, die am Mittwoch im Bundeskabinett auf der Tagesordnung steht, sollen auch Ausländer besser gestellt werden. Nach einem Bericht der "Saarbrücker Zeitung" (Mittwochsausgabe) können Studierende aus Nicht-EU-Ländern, die aus humanitären oder familiären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis haben oder geduldet sind, künftig schon nach 15 Monaten legalen Aufenthalts in Deutschland einen Bafög-Antrag stellen.

Bisher galt eine Frist von vier Jahren. 15 Monate seien eine Zeitspanne, "nach der typischerweise davon ausgegangen werden kann, dass der Aufenthalt im Bundesgebiet nicht mehr kurzfristiger oder vorübergehender Natur ist", heißt es der Zeitung zufolge zur Begründung. Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) bestätigte die Änderung der Zeitung. "Integration funktioniert am besten durch Bildung", sagte sie. Mit der Verbesserung setze die Regierung ein Zeichen, "dass uns diese Menschen mit ihren Erfahrungen und Kenntnissen willkommen sind." Die Regelung soll zum Wintersemester 2016/2017 in Kraft treten, so wie auch die geplante Anhebung der Bedarfssätze.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-39632/zeitung-auslaender-sollen-durch-bafoeg-reform-besser-gestellt-werden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619